



Sebastian Moritz Heidecker

Aktuelle Fragen der
Preismissbrauchsaufsicht
über Unternehmen
der öffentlichen
Trinkwasserversorgung

Mit rechtsvergleichenden
Ausführungen zum deutschen
und schweizerischen Recht



PETER LANG

Meiner Familie

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich im Frühjahrssemester 2012 als Dissertation abgenommen. Rechtsprechung und Literatur konnten im Fußnotenapparat noch bis zum Beginn des Jahres 2012 berücksichtigt werden.

Das Erscheinen der Arbeit ist für mich Anlass zu großer Dankbarkeit.

Besonderer Dank gebührt meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Andreas Heinemann, Lehrstuhlinhaber für Handels-, Wirtschafts- und Europarecht an der Universität Zürich und Vizepräsident der Schweizerischen Wettbewerbskommission. Er hat mich nicht nur bei der Anfertigung dieser Arbeit stets wohlwollend begleitet und mir wertvolle Anregungen gegeben, sondern er stand mir darüber hinaus bereit seit meinem Studienaufenthalt an der Universität Lausanne – UNIL im Wintersemester 2003/04 und Sommersemester 2004 jederzeit mit Rat und Tat zur Seite.

Herzlich danken möchte ich Herrn Prof. Dr. Carl Baudenbacher, Direktor des Instituts für Europäisches und Internationales Wirtschaftsrecht an der Universität St.Gallen HSG und Präsident des EFTA-Gerichtshofes für die sehr zügige Erstellung des Zweitgutachtens sowie für die sehr schöne, abwechslungsreiche und lehrreiche Assistenzzeit an seinem Lehrstuhl. Die vertrauensvolle Übertragung von organisatorischen und ausführenden Aufgaben im Rahmen des St.Gallen International Competition Law Forum ICF-HSG sowie weiterer internationaler Foren, denen er als Chairman vorsitzt, hat mich stets mit Stolz erfüllt.

Nicht zureichend gewürdigt werden kann an dieser Stelle der Beitrag, den meine Familie zum Gelingen dieser Arbeit geleistet hat. Die uneingeschränkte Förderung meiner Eltern, Angelika Matt-Heidecker und Lothar-Gilbert Heidecker, und ihre liebevolle Unterstützung haben meinen bisherigen Lebensweg überhaupt erst ermöglicht. Meiner Frau, Cosima Heidecker, danke ich von Herzen für ihre Motivationskünste und die Stärkung meines Durchhaltevermögens. Ohne meine Familie wäre diese Arbeit nicht zustande gekommen. Ihnen sei dieses Buch deshalb gewidmet.

Tübingen, August 2012

Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis	17
Materialverzeichnis Bundesrepublik Deutschland	37
Materialverzeichnis Schweiz	39
Abkürzungsverzeichnis	41
Einführung	49
Kapitel I: Die öffentliche Trinkwasserversorgung – Hintergrund und	
Grundfragen	51
1. Teil: Begriffsbestimmungen	51
§ 1 Versorgungsunternehmen	51
§ 2 Öffentliche Wasserversorgung	51
§ 3 Daseinsvorsorge	53
2. Teil: Übersicht über den Problembereich	54
§ 1 Struktur der öffentlichen Wasserversorgung	54
A. Bundesrepublik Deutschland	54
B. Schweiz	57
§ 2 Problemstellung	57
A. Bedeutung der öffentlichen Trinkwasserversorgung	57
B. Wasserversorgungswirtschaft und Wettbewerb	58
I. Fehlender Wettbewerb in den Versorgungsgebieten	58
II. Wettbewerb um die Gebietsversorgung	58
III. Kritik der Literatur an der Bereichsausnahme für die Wasser- versorgung	60
C. Kontrollmöglichkeit von Wasserpreisen	61
I. Unternehmen in rein privater Trägerschaft	62
II. Anwendung des GWB auf Unternehmen der öffentlichen Hand	62
III. Konsequenzen der Abgrenzung wirtschaftliche – hoheitliche Tätigkeit	65

3. Teil: Gegenstand der Untersuchung	66
§ 1 Einschränkung des Untersuchungsgegenstandes	66
§ 2 Zielsetzung und Gang der Studie	67
Kapitel II: Preismissbrauchsaufsicht über WVU in Deutschland	71
1. Teil: Kartellbehördliche Preishöhenmissbrauchsaufsicht über WVU	71
§ 1 Preishöhenkontrolle anhand des Prüfungsmaßstabs der Ausnahme- regelung für die Wasserwirtschaft	72
A. Grundlagen zum Missbrauchsmaßstab	72
B. Gleichartigkeit der Wasserversorgungsunternehmen	75
I. Einleitende Darstellung	75
II. Verständnis des Gleichartigkeitsbegriffs in der Recht- sprechung und kartellbehördlichen Praxis bis zum Beschluss im Fall <i>Wasserpreise Wetzlar</i>	78
III. Rechtslage nach dem Beschluss des BGH im Fall <i>Wasser- preise Wetzlar</i>	81
IV. Grundlegende kritische Würdigung der Übertragung der Rechtsprechung zu Versorgungsunternehmen der Energie- wirtschaft auf solche der Wasserwirtschaft	82
V. Grundsatz der ortsnahen Wasserversorgung im Gebilde der kartellrechtlichen Preiskontrolle	84
1.) Grundsatz der ortsnahen Wasserversorgung	85
2.) Zielkonflikt von Kartellrecht und Gewässerschutz-/Um- weltrecht?	88
3.) Zwischenergebnis	90
VI. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	91
1.) Grundsätzliche Überlegungen	91
2.) Positive Auswirkungen einer stärkeren Gewichtung des Tatbestandsmerkmals <i>Gleichartigkeit</i>	93
VII. Effektivität der Missbrauchsaufsicht und Rechtsstaatlichkeit	94
1.) Effektivität der Missbrauchsaufsicht – ein Rechtsprinzip?	95
2.) Effektivität der Missbrauchsaufsicht als Auslegungs- grundsatz beziehungsweise juristisches Prinzip	96
3.) Zwischenergebnis	98
VIII. Teleologische Reduktion des Tatbestandsmerkmals <i>gleich- artige Unternehmen</i>	99
IX. Zusammenfassung	101
C. Ungünstigere Wasserpreise im Vergleich zu anderen WVU	102
I. Vergleichsmethoden	103
1.) Typfallmethode	103

2.) Preisniveaumissbrauch/Gesamtbetrachtung	104
3.) Isolierter Vergleich einzelner Abnahmeverhältnisse	105
II. Vergleichsparameter	106
1.) Gesamtheitliche Betrachtung pro Wassermenge	106
2.) Isolierte Betrachtung des Verbrauchspreises	108
3.) Einzelne Preisbestandteile	109
4.) Stellungnahme.....	109
III. Wasserwirtschaftliche Vorgaben als Kostenfaktor	112
1.) Landesrechtliche Vorgaben (i.S.v. Umweltschutzabgaben)	112
a.) Unzulänglichkeiten des übernommenen Schemas von strukturellen und unternehmensindividuellen Kosten bei der Missbrauchsaufsicht über WVU.....	114
b.) Spezifischer wasserwirtschaftlicher Umstand	115
c.) Zwischenfazit	118
2.) Zwischenergebnis	118
3.) Grundsatz der ortsnahen Wasserversorgung (§ 50 Abs. 2 S. 1 WHG).....	119
IV. Umweltschutz als Kostenfaktor	120
1.) Unvermeidbare Ausgleichszahlungen	121
a.) Festsetzung von Wasserschutzgebieten	121
aa.) Qualifizierung des Kostenfaktors	124
bb.) Zwischenergebnis	127
b.) Beiträge zu den Kosten von Maßnahmen öffentlich- rechtlicher Körperschaften	127
2.) Freiwillige Maßnahmen zum nachhaltigen Umgang mit Wasser	128
V. Baukostenzuschüsse und Hausanschlusskostenerstattungen	128
VI. Zusammenfassung	134
D. Rechtfertigungsgründe für Preisunterschiede	134
I. Grundsätzliche Anmerkungen	134
II. Rechtfertigungsgründe gemäß den Leitlinien für die „Kartell- rechtliche Missbrauchsaufsicht der Wasserpreise von Haus- haltskunden“	138
III. Rechtfertigungsgründe gemäß der <i>Wasserpreise Wetzlar-</i> Entscheidung	139
1.) Baukostenzuschüsse	139
2.) Ungünstigere Topografie des Versorgungsgebiets	139
3.) Investitionen zur Netzerneuerung und Netzinstandhaltung	140
4.) Kostendeckung	141
5.) Versorgungsdichte	144

IV. Nicht zur Rechtfertigung höherer Preise geeignete Umstände nach der <i>Wasserpreise Wetzelar</i> -Entscheidung	144
1.) Unterschiede bei den Eigen- und Fremdkapitalkosten	144
2.) Wasserverluste	146
V. Resümee zur Entscheidung des BGH	146
VI. Vom BGH nicht abschließend geklärte Fragestellungen	147
1.) Sonderproblem: Divergierende Konzessionsabgaben im System der Preisrechtfertigung	147
a.) Grundsätzliche Anmerkungen	147
b.) Rechtfertigungsgrund – Konzessionsabgabe?	151
aa.) Aspekt der freien Verhandelbarkeit von Konzessionsverträgen	152
bb.) Verhandlungslage bei finanzschwachen kommunalen Gebietskörperschaften	154
cc.) Vergleich mit anderen Investitionen in das Versorgungsnetz (auf privatrechtlicher Grundlage)	157
dd.) Argument der Abschöpfung der Monopolrente	158
ee.) Allgemeine Bedenken	159
ff.) Vergleich mit § 21a Abs. 4 S. 1 EnWG	160
c.) Zwischenergebnis	161
d.) Praktische Relevanz im Lichte rechtsstaatlicher Bedenken angesichts der Darlegungs- und Beweislastverteilung	163
2.) Mehrheitsbeteiligung einer Gebietskörperschaft am kontrollierten WVU	166
VII. Auswirkungen der wasserhaushaltsgesetzlichen Vorgaben auf die kartellrechtliche Preisrechtfertigung	166
1.) Aufbereitungs- und Förderkosten	166
a.) Allgemeine Ausführungen	166
b.) Zwischenfazit	170
c.) Problem der Anlastung der Wasseraufbereitungskosten	170
d.) Versagungsgrund bei mangelnder beziehungsweise unzureichender Strukturoptimierung?	171
aa.) Strukturoptimierungspflicht und Gewässerschutz ..	172
bb.) Von der Strukturoptimierungspflicht grundsätzlich ausgenommene Maßnahmen	173
cc.) Zwischenergebnis	176
VIII. Umweltschutz als Kostenfaktor im Rahmen der Preisrechtfertigung	178
1.) Unvermeidbare Ausgleichszahlungen	178

2.) Freiwillige Präventivkosten	178
IX. Gründe, die eine Preisabweichung nicht zu rechtfertigen vermögen	181
1.) Veraltete Anlagen (zur Wasseraufbereitung, Wasserspeicherung etc.)	181
2.) Personalstand	181
3.) Wahl der Rechtsform	182
E. Probleme der Beweislast	182
§ 2 Auswirkungen der wasserspezifischen Bereichsausnahme auf die allgemeine Missbrauchsvorschrift in § 19 GWB	183
A. Missbrauchsaufsicht über WVU im Rahmen einer Freistellungskonstellation gemäß § 103 Abs. 1 GWB a.F.	186
I.) Verhältnis von § 103 GWB a.F. und § 22 GWB a.F.	187
II.) Einfluss der 6. GWB-Novelle auf die Sperrwirkung der Bereichsausnahme	192
B. Missbrauchskontrolle über WVU außerhalb einer Freistellungskonstellation gemäß § 103 Abs. 1 GWB a.F.	193
I.) Stand der Diskussion	194
II.) Anwendbarkeit von § 19 GWB bei Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung ohne gleichzeitigen Abschluss eines Demarkations- oder Konzessionsvertrags	197
III.) Anwendbarer Prüfungsmaßstab	198
1.) Feststellung des BGH im Fall <i>Wasserpreise Wetzlar</i>	199
2.) Stellungnahme	200
a.) Argument der ganzheitlichen Geltung von § 19 GWB ...	200
b.) Regelungsgehalt der wasserversorgungswirtschaftlichen Bereichsausnahme und der Übergangsbestimmung § 131 Abs. 6 GWB	201
c.) Vermeidung unterschiedlicher Ergebnisse bei ansonsten gleichförmigem Verhalten	202
3.) Exkurs: Sonderproblem des Netzzugangsanspruchsarguments	203
a.) Netzzugangsanspruch im Lichte von § 19 Abs. 4 Nr. 4 GWB und der besonderen Bestimmung der Bereichsausnahme für die (Wasser-) Versorgungswirtschaft	204
b.) Wasserdurchleitung im Spannungsfeld von Kartellrecht und Gewässerschutz	205
c.) Probleme tatsächlicher Art bei einer potentiellen Wasserdurchleitung	206

d.) Ausblick	208
4.) Zwischenergebnis zum anwendbaren Prüfungsmaßstab	209
IV.) Kontrollprinzip vs. Verbotsprinzip	209
1.) Entscheidung des BGH im Fall <i>Wasserpreise Wetzlar</i>	210
2.) Argument der <i>Verweisungssystematik</i> des § 103 Abs. 7 GWB a.F.	210
3.) Argument der Einheitlichkeit der Missbrauchsaufsicht	212
4.) Argument der Schutzbedürftigkeit	213
5.) Argument der verbesserten Vorfeldwirkung	214
a.) Kartellrechtliche Vorfeldwirkung	214
b.) Abschreckende Vorfeldwirkung durch ein effektives kartellzivilrechtliches Sanktionssystem	215
6.) Zwischenergebnis zu Kontrollprinzip vs. Verbotsprinzip ...	215
C. Zusammenfassung	216
§ 3 Alternative Kontrollmaßstäbe – Vor- und Nachteile im Hinblick auf die Versorgung mit Wasser	218
A. Grundlegende Ausführungen	218
B. Bedürfnis alternativer Kontrollmaßstäbe	219
C. Kostenprüfung und Gewinnkontrolle	221
I. Allgemeine Ausführungen	221
II. Anwendbarkeit des Kostenprüfungskonzepts bei der Preis- missbrauchsaufsicht über WVU	224
1.) Konzept der Kostenprüfung in der Regelungssystematik des § 103 Abs. 5 GWB a.F.	224
a.) Vereinbarkeit mit § 103 Abs. 5 S. 2 Nr. 2 GWB a.F.	225
b.) Vereinbarkeit mit § 103 Abs. 5 S. 2 Nr. 1, Nr. 2 Hs. 2 GWB a.F.	226
c.) Vereinbarkeit mit § 103 Abs. 5 S. 1 GWB a.F.	227
2.) Vorgehensweise der Landeskartellbehörde Baden- Württemberg im Fall Stadtwerke Calw	229
3.) Stellungnahme	231
D. Weitere Konzepte zur Feststellung eines Preishöhenmissbrauchs	233
I. Konkurrenzpreiskonzept	233
II. Wertungen der Sockeltheorie	233
E. Zusammenfassung	234
§ 4 Regelungsgehalt des § 131 Abs. 6 GWB – Übergangsbestimmung oder doch Übernahmeregelung?	235
A. Bestimmung der Wesensart des § 131 Abs. 6 GWB	235
B. Kritik an der geltenden Regelungssystematik	236

2. Teil: Preishöhenkontrolle privatrechtlich handelnder WVU auf Initiative von Wasserkunden	239
§ 1 Durchsetzung von Kartellrecht auf Antrag von Wasserkunden	239
§ 2 Rechtsdurchsetzung im Wege eines offensiven Kartellzivilprozesses ...	240
§ 3 Zivilrechtliche Billigkeitskontrolle nach § 315 BGB direkt/analog	241
A. Originärer Anwendungsbereich von § 315 BGB und Monopolrechtsprechung des BGH	241
B. Richterliche Monopolpreiskontrolle und Verdrängungsthese	243
I. Grundgedanken der Verdrängungsthese	243
1.) Aufbruch monopolistischer Strukturen	243
2.) Argument der fehlenden Regelungslücke	244
II. Betroffene Eigenschaft des Endverbrauchers von Wasser im Sinn des § 33 Abs. 1 S. 3 GWB als unmittelbare Marktgegen- seite	245
III. Mögliche weiterführende Aspekte	246
C. Übertragbarkeit auf die Wasserversorgung?	247
D. Auswirkungen der 6. GWB-Novelle auf die Billigkeitskontrolle von Leistungen der Daseinsvorsorge im Lichte der neueren Rechtsprechung und weiten Teilen der Literatur	250
I. Direkte Anwendung von § 315 Abs. 3 BGB bei nachträglicher Preiserhöhung oder Interimsverhältnissen	250
II. Analoge Anwendung von § 315 Abs. 3 BGB	253
E. Stellungnahme	254
I. Möglichkeit eines erweiterten Rechtsschutzes	254
II. Unterschiedliche Anforderungen hinsichtlich der Beweislast als Rechtfertigungsgrund?	256
1.) Beweislast in offensiven Kartellzivilprozessen	257
a.) Beweislastverteilung hinsichtlich missbräuchlicher Preise in offensiven Kartellzivilverfahren nach §§ 33, 19 Abs. 4 Nr. 2 GWB	258
b.) Beweislastverteilung hinsichtlich missbräuchlicher Preise in Kartellzivilverfahren unter Heranziehung des modifizierten Missbrauchstatbestandes	260
aa.) Geltungsanspruch eines einheitlichen Missbrauchsprüfungsmaßstabes auch in offensiven Kartellzivilprozessen	260
(1.) Systematische Erwägungen	260
(2.) Wortlaut des § 103 Abs. 7 GWB a.F.	261
(3.) Vergleich mit § 29 S. 1 Nr. 1 GWB	261
(4.) Zwischenfazit	262

bb.) Anwendbarkeit der Beweislastumkehr im offenen Kartellzivilprozess?	262
(1.) Sinn und Zweck der Beweislastumkehr	263
(2.) Wertender Vergleich mit § 29 S. 1 Nr. 1 aE GWB	264
(3.) Kartellverwaltungsrechtlicher Charakter der Beweislastumkehr	265
cc.) Zwischenergebnis	266
c.) Exkurs – Beweislast unter Zugrundelegung alternativer Missbrauchsmaßstäbe	268
2.) Beweislastverteilung im Rahmen der Billigkeitskontrolle gemäß § 315 Abs. 3 BGB analog	269
a.) Geltendmachung des Zahlungsanspruches durch das liefernde WVU	269
b.) Rückzahlungsbegehren des Wasserkunden aufgrund unbilliger Preise	270
aa.) Übertragbarkeit der allgemeinen Grundsätze auf die Monopolsituation	270
bb.) Zahlung unter Vorbehalt	271
cc.) Abschlags- und Vorauszahlungen	272
dd.) Zahlung ohne Vorbehalt	273
(1.) Beweisrechtliche Situation	273
(2.) Stellungnahme	275
c.) Erwirkung einer richterlichen Ersatzleistungsbestimmung analog § 315 Abs. 3 BGB	277
3.) Zwischenfazit zur Beweislastverteilung im Rahmen der Billigkeitskontrolle analog § 315 Abs. 3 BGB von Wasserpreisen	277
III. Zwischenergebnis zur unterschiedlichen Beweislastverteilung	277
F. Ergebnis zur Billigkeitskontrolle von Wassertarifen	278
G. Prüfungsmaßstab im Rahmen der Billigkeitskontrolle gemäß § 315 Abs. 3 BGB analog	279
§ 4 Zusammenfassung	282
3. Teil: Eigenständige kommunale Schutzgewährleistung	282
Kapitel III: Preismissbrauchsaufsicht über WVU in der Schweiz	285
1. Teil: Allgemeine Grundlagen	285
2. Teil: Anwendbarkeit des Kartellrechts auf Wasserpreise	288
§ 1 Staatlicher Eingriff in den Markt gemäß Art. 3 Abs. 1 KG	289
A. Wasserversorgungsgesetz des Kantons Bern	289

I.	Staatliche Marktordnung durch das Wasserversorgungsgesetz (WVG)	289
II.	Staatliche Markt-/Preisordnung und Anwendbarkeit wettbewerblicher Kriterien	290
1.)	Generelle Überlegung	290
2.)	Ausschluss kartellrechtlicher Kriterien durch Art. 10 WVG-BE ff.	291
3.)	Wasserversorgungsgesetz i.V.m. weiteren kantonalen und kommunalen Vorschriften	293
III.	Besondere Rechte im Sinn des Art. 3 Abs. 1 lit. b KG	294
B.	Gesetzliche Vorgaben im Kanton Zug	296
I.	Gesetz über die Gewässer des Kantons Zug	296
II.	Auswirkung des Gemeindegesetzes des Kantons Zug am Beispiel der Wasserversorgung der Gemeinde Zug	297
1.)	Ausgangslage	297
2.)	Rechtsverhältnis zwischen Konzessionärin und Benutzern	298
3.)	Der Konzessionsvertrag als Vorschrift im Sinn von Art. 3 Abs. 1 KG?	299
a.)	Erteilung eines Versorgungsauftrags	299
b.)	Erfordernis einer Vorschrift im Sinn des Art. 3 Abs. 1 KG	299
4.)	Administrierte Preise	301
5.)	Zwischenergebnis	302
C.	Wasserwirtschaftsgesetz des Kantons Zürich	303
I.	Ausgangslage	303
II.	Vorbehaltene Vorschriften im Sinn des Art. 3 Abs. 1 lit a.) KG	305
D.	Gesetzliche Vorgaben im Kanton St. Gallen	306
§ 2	Zwischenergebnis	307
3. Teil:	Kontrolle von Trinkwasserentgelten nach dem Preisüberwachungsgesetz	308
§ 1	Allgemeine Ausführungen	308
§ 2	Missbrauchs begriff nach PüG und KG	309
§ 3	Preisbegriff nach dem Preisüberwachungsgesetz	310
§ 4	Missbräuchliche Wasserpreise nach dem Preisüberwachungsgesetz	312
A.	Preismissbrauch nach Art. 13 PüG	312
I.	Systematik der Beurteilungsmaßstäbe und Methodenpluralismus	312
II.	Preisrechtfertigung	314

III. Preisentwicklung auf Vergleichsmärkten, Art. 13 Abs. 1	
lit. a PuG.....	314
1.) Als-ob-Wettbewerbs(preis)	314
2.) Vergleichsmarktkonzept	315
3.) Vergleichskonzept	316
a.) Anknüpfung des Vergleichsprinzips im Preisüberwachungsgesetz	316
b.) Vergleichskonzept – bessere und vorzugswürdige Umsetzung und Handhabung im Preisüberwachungsgesetz	
aa.) Einfluss der besonderen Marktverhältnisse nach Art. 13 Abs. 1 lit. e PuG	317
bb.) Gleichartigkeit – Vergleichbarkeit – Ähnlichkeit? Anforderungen an WVU und die dazugehörigen Strukturen im Rahmen des Preisvergleichs	319
(1.) Einflussfaktoren	320
(2.) Rechtsvergleichende Analyse	321
(3.) Zwischenergebnis	322
c.) Vergleichsmethode im Rahmen der Vergleichsbetrachtung nach dem Preisüberwachungsgesetz	322
d.) Vergleichsparameter	323
e.) Zwischenergebnis	324
4.) Auswirkung des Kostendeckungsprinzips auf den Preisvergleich	324
a.) Grundlegende Problematik	324
b.) Rechtslage der Wasserversorgung in der Stadt St. Gallen	325
c.) Partielle Durchbrechung des Kostendeckungsprinzips bei der öffentlichen Wasserversorgung im Kanton Schwyz	327
(1.) Gebührenerhebung in den Wasserversorgungsgebieten Schwyz und Tuggen	328
(2.) Gebührenerhebung in den Wasserversorgungsgebieten Pfäffikon SZ und Einsiedeln	329
(3.) Fazit	330
d.) Beschränkter Aussagegehalt von Preisvergleichen	330
e.) Auswirkung auf das Vorgehen im Rahmen der Preisüberwachung	331
5.) Kostenvergleich	332
6.) Exkurs: Kostendeckungsgrundsatz und Tarifautonomie bei privaten Trägern öffentlicher Aufgaben	333

IV. Notwendigkeit der Erzielung angemessener Gewinne gemäß Art. 13 Abs. 1 lit. b PüG	333
1.) Grundlegende Kritik an der tatbestandlichen Notwendigkeit der Erzielung angemessener Gewinne	334
2.) Die öffentliche Trinkwasserversorgung im Kontext der Notwendigkeit der Erzielung angemessener Gewinne	336
a.) Auswirkung des Kostendeckungsprinzips auf das Beurteilungskriterium der Notwendigkeit der Erzielung angemessener Gewinne	337
aa.) Rechtsvergleich mit deutschem Recht: Ausnahme für Versorgungseinrichtungen vom strikten Kostendeckungsgrundsatz	337
bb.) Rechtslage im Kanton Schwyz	338
b.) Wasserspezifische Angemessenheit des Ertrags	339
3.) Zwischenergebnis	340
V. Einfluss der besonderen Unternehmerleistungen, Art. 13 Abs. 1 lit. d PüG	342
1.) Grundlegende Ausführungen zum Beurteilungselement	342
2.) Angemessenheit der Entschädigung für die innovatorische Leistung	344
3.) Übertragung der Grundsätze auf die Wasserpreisüberwachung	345
a.) Grundlegende Überlegung	345
b.) Auswirkung des Kostendeckungsprinzips	345
c.) Gewinnorientierte Versorgungsbetriebe	346
4.) Zwischenergebnis	347
VI. Die Kostenentwicklung nach Art. 13 Abs. 1 lit. c i.V.m. Abs. 2 PüG	347
1.) Das Beurteilungselement der Kostenentwicklung angesichts gewinnorientierter WVU	349
2.) Das Beurteilungselement der Kostenentwicklung hinsichtlich nicht gewinnorientierter WVU	350
a.) Spezifizierung der Kostenmethode	350
b.) Zwischenfazit	351
B. Spürbarkeitserfordernis im Rahmen des Art. 13 PüG	351
C. Kostenanalyse	352
§ 5 Preisüberwachung auf Initiative von Trinkwasserendverbrauchern	353
§ 6 Weitergehende Rechtsdurchsetzung auf Initiative von Verbrauchern	354
4. Teil: Fazit	355

Kapitel IV: Schlussbetrachtungen	357
1. Teil: Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	357
§ 1 Generelle Feststellungen zur wasserspezifischen Bereichsausnahme	357
§ 2 Spezielle Fragestellungen der Bereichsausnahme	358
§ 3 Auswirkung der Bereichsausnahme auf die allgemeine Vorschrift des § 19 GWB.....	360
§ 4 Auswirkungen auf den privaten Rechtsschutz	361
2. Teil: Ausblick	362
§ 1 Referentenentwurf für eine 8. GWB-Novelle	362
§ 2 Stellungnahme.....	362
3. Teil: Fazit	365